

Irland und der deutsche Sieg.

Über drei Millionen Iren haben geschworen, sich der Einführung der Dienstpflicht zu widersetzen.

Die deutschen Siege im Westen haben England in eine Nollage versetzt, die nicht einmal Lloyd George zu beschönigen wagte. Gegenüber der wichtigen Sprache der Tatsachen ist selbst diesem bedenkenlosen Kriegsheber und Stimmungsmacher der Mut abhanden gekommen, die Lage Englands anders als in düsternen Farben zu malen. Gleichzeitig mit der Ausdehnung der Dienstpflicht bis zum 50. und 55. Lebensjahre sollen die Iren durch gesetzlichen Zwang zum Seeresdienst herangezogen werden. Unter dem Druck der Lage wird den Iren, die die Dienstpflicht entziehen ablehnen, die Selbstverwaltung — in Aussicht gestellt. Ob diese Zusicherung eingehalten werden wird, ist eine Frage für sich. In Irland hat man zu den britischen Versprechungen kein Vertrauen und verlangt deshalb erst die Gewährung der Selbstregierung und dann die Entscheidung der Frage des Seeresdienstes durch die irische Volksvertretung. Diese Forderung wird von der englischen Regierung verweigert.

Wie sich die irisch-britische Auseinandersetzung auch gestalten mag, jedenfalls steht fest, daß lediglich die deutschen Siege England gezwungen haben, Irland wenigstens grundsätzlich Zugeständnisse zu machen. Erlangen die Iren die von ihnen angestrebte Freiheit, so fällt sie ihnen als Frucht des deutschen Erfolges gegenüber Großbritannien zu. Der Hinweis Lloyd Georges auf Amerika und die dort gehegten Wünsche auf Beachtung der britischen Verfassungen bezweckt die Ablenkung der Aufmerksamkeit von dem deutschen Verdienst um Irland. In Wirklichkeit haben die schon vor geraumer Zeit von der Washingtoner Regierung mit Rücksicht auf die Stimmung im eigenen Lande vorgebrachten Anregungen in London keinerlei Gehör gefunden. Erst die den Briten auf französischem Boden zugefügten Schläge haben den Umschwung herbeigeführt. Gänzlich mißglückt ist Lloyd Georges Versuch, den Anschein zu erwecken, als sei England auch ohne die jetzige Nollage bereit gewesen, Irland die Selbstbestimmung einzuräumen. Er unternahm diesen Versuch, indem er im Zusammenhang mit der zugesagten Gewährung der Selbstbestimmung an die Iren von den Kämpfen sprach, die England auf allen Kriegsschauplätzen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker führe.

Wenn die Aufrichtigkeit des zunächst rein theoretischen Zugeständnisses an die Iren auf der gleichen Höhe steht wie diese Behauptung, so können die Iren sicher sein, daß sie abermals hinter List geführt werden. Denn gerade dieser Krieg hat wiederum den schlagenden Beweis erbracht, daß England niemals für die Rechte anderer Völker eintritt, sondern sich jederzeit lediglich von Beweggründen nacktester Selbstsucht leiten läßt. Nicht immer freilich ist ihm die Maske des uneigennütigen Freundes und Verbündeten so gründlich vom Gesicht gerissen worden wie in diesem Kriege. Es hat in Wirklichkeit nicht nur keinen Augenblick für Recht und Freiheit anderer Völker die Waffen geführt, sondern die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der schwächeren Staaten in rückwärtschreitender Weise unterdrückt, sie, wo es konnte, in den unmittelbaren Dienst seiner Eigenlucht gezwungen oder aber zum mindesten sich über ihre Rechte hinweggesetzt und ihre Interessen schonungslos beiseite geschoben. Zeigen dessen sind Griechenland, Portugal und die neutralen Staaten und deren wachsende Schwierigkeiten infolge des gegen sie gebühten Willkürregiments.

Ein siegreiches England hätte in eben solcher Weise die irischen Ansprüche unbeachtet gelassen, ja, ihre Bestrebungen wahrscheinlich mit roher Gewalt niedergeschlagen. Nur der Sieg Deutschlands über England wird sie vor diesem Schicksal bewahren. Er wird ihnen auch dann die Freiheit bringen, wenn die jetzigen Versprechungen Englands sich, gleich so vielen ihrer Vorläufer, als heuchlerisch erweisen. Der Sieg Deutschlands wird Irland von der britischen Anrechtlosigkeit lösen, wie er die Befreiung der

Völker im Osten vom russischen Joch bewirkt hat. Mit unaufhaltsamer Gewalt schreitet er fort. Täten es nicht die außerordentlichen Ereignisse auf dem westlichen Kriegsschauplatz für sich allein, so würden die dringlichen Mahnrufe Lloyd Georges in berechteter Weise klingen, daß wir vor einem Wendepunkt der Völkergeschichte stehen.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Ber.) — ig. Ber. An. 23. April.

Im Grunde war es auch am Montag wieder weit mehr eine Debatte über den „Fall Hobbing“, d. h. über den zwischen dem Eisenbahnminister und der Firma Keimar Hobbing (dem Verlag der Nordd. Allg. Ztg.) abgeschlossenen Eisenbahnverleihevertrag als über den Eisenbahnetat selbst. Nationalliberale, Fortschrittler und Zentrumsabgeordnete hatten einen Antrag eingebracht, der die Revision des Vertrages verlangte.

Der Kaiser Haegh, wie der Sozialdemokrat Quara, von denen der eine über die elässischen Verkehrsschwierigkeiten, der andere über die viel zu geringen Lohnaufbesserungen der Eisenbahnarbeiter Klage führte, meinten übereinstimmend, heute werde wahrscheinlich auch der Eisenbahnminister bereits einsehen, daß er an diesem Vertrag nicht gut getan habe.

Dagegen fand Graf Westarp, der ganze Kampf gegen den Vertrag habe nur agitatorische Zwecke, und der Verdacht, daß ein bestimmter Mann konservativ sei, dürfe die Gegner nicht berechtigen, wie es am Sonnabend der Abg. Hauptmann getan, von „Schiebungen“ zu sprechen.

Der Eisenbahnminister verteidigte den Vertrag sehr energisch. Herr Hobbing sei ein hervorragend geistiger Geschäftsmann, der es durch aufsehenerregende Verlagswerte verstanden habe, das Nützliche und Künstlerische mit dem geschäftlich Erfolgreichen zu verbinden, der also auch für die Eisenbahnverleihe der bestgeeignete Bewerber gewesen sei. Im übrigen handele es sich um einen abgeschlossenen Vertrag, gegen den man politische und geschäftliche, aber keine rechtlichen Einwendungen erheben könne. Wie man sich eine Revision denke, könne er — der Minister — nicht verstehen. Und nun kam das Satyrspiel dieser langen Debatte.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt, da die Fraktionen der Antragsteller, insbesondere die Fortschrittler und das Zentrum, überhaupt nicht im Saale waren und infolgedessen nur ein paar Sozialdemokraten sich für den Antrag erhoben.

Etat des Reichseisenbahnämter

ging um den schon voriges Jahr vom Reichstag angenommenen Antrag auf Einsetzung einer Sachkommission zur Prüfung der Vereinheitlichung der deutschen Staats-eisenbahnen und ihre voraussichtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen. Ein Antrag Müller-Meinings-Schwabach verlangte die unverzügliche Einberufung dieser Sachkommission, die zugleich die Errichtung einer Reichsstelle für einheitliche Verkehrsleitung als Kriegsnotstandsmaschine prüfen soll. Vizetanzler v. Bayer gab die Erklärung ab, daß grundsätzlich die verbündeten Regierungen auf dem Standpunkt des Reichstags stünden, daß sie aber gegen die Einbeziehung der Binnenwasserstraßen in die verlangte Dienststelle sowohl wie namentlich gegen die sofortige Einberufung der Kommission lebhafteste Bedenken trügen, hauptsächlich wegen des Mangels an Personal und weil die Eisenbahnverwaltung gerade jetzt andere, noch dringlichere Aufgaben habe. Natürlich erblickten die folgenden Redner darin so etwas wie eine Verschleppung.

Der Sozialdemokrat Ulrich wies darauf hin, daß die Zerplitterung des Eisenbahnbetriebes gerade jetzt im Kriege zu unhaltbaren Zuständen geführt habe und meinte, die Vorarbeiten für die Einsetzung einer solchen Kommission seien vielleicht schwierig, aber sie seien keinesfalls unmöglich.

Auch Herr v. Breitenbach versicherte, namentlich dem Abgeordneten Dr. Müller-Meinings gegenüber, der von dem Widerspruch des deutschen Eisenbahnpolitikarismus gesprochen hatte, daß er die Einberufung der Sachkommission lebhaft begrüße, daß aber die deutschen Eisenbahnverwaltungen einfach außer Stande seien, jetzt im Kriege die damit verbundene Arbeit zu leisten. Und dabei wird es wohl bleiben.

Die Debatte, die zur Erledigung der Frage und des Etats des Reichseisenbahnämter führte, währte bis in die neunte Abendstunde.

Das Haus verlagert sich.

Rußland und der Verband.

Im Pariser „Temps“ veröffentlicht Norddeu eine interessante Betrachtung über den jetzigen Stand der Dinge in Rußland. In Sachen Rußland gibt sich die Entente, wie besonders der Schluß zeigt, heute keinen Hoffnungen mehr hin.

„Nie“ heißt es da, „ist die Zukunft Rußlands geheimnisvoller, undurchbringlicher gewesen als jetzt. Das ungeheure einstige Zarenreich ist in einer ständigen Umformung begriffen, die die langsamsten Massen treibt. Völker, die man für immer verschwunden wähnte, steigen plötzlich aus der Tiefe dieses Schmelzriegels an die Oberfläche, Kirgisen und Tataren ziehen in Schlachtordnung auf, die kriegerischen Volksstämme des Kaukasus bekommen sich in die Haare. Der Kreml von Klein braucht nicht besonders gedacht zu werden, denn dann mühte auch von den wilden Kämpfen in Charkow und am Don gesprochen werden, von den erbitterten Schlachten in Finnland und in Arkust, von den unbeschreiblichen Pöbelaufständen, die überall im ganzen Lande wüten, von den mit Flinten und Handgranaten umziehenden Bauernbanden, der zugellosten Soldateska, den „requirierten“ Noten Gärten und all den vielen Nomadenezisten, die auf Plünderung, Raub und Mord ausgehen und ohne bestimmte Zwecke, oft nur aus reiner Furcht, die wüsten Kämpfe liefern. In diesem Chaos gibt es nur eine Autorität, der schreckliche, gefürchtete, tyrannische, rote Sowjet, der in manchen Teilen des Landes nur aus einer Handvoll Männern bestehend, doch überall droht, überall dieselbe Furcht einflößt, der wie ein Scherze von Jekust bis Pskow und von Archangelst bis Sewastopol hinter den Bewohnern her ist.

Im Namen des Proletariats wollen diese Sowjets nicht nur despotisch dem ganzen großen Rußland eine einzige Geistesrichtung einimpfen, nämlich Krieg gegen die beherrschenden Klassen zu führen und durch Bluff und Schreckensherrschaft die Beherrschung aller Andersdenkenden und Schächternen zu erzwingen, sondern sie greifen auch direkt in die Politik aller dieser so verschiedenen Nationalitäten ein, denen sie anfänglich die absolute Freiheit versprochen. Die soll ihnen auch werden, freilich nur unter der Bedingung, daß sie sich genau der vorgeschriebenen Schablone anpassen. Kurz, sowohl in den kleinsten alltäglichsten Lebensfragen, wie in den wichtigsten politischen Entscheidungen, in bezug auf die Freiheit der Presse sowohl, die gänzlich unterdrückt ist, wie hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die mit Dekreten an der Strippe gehalten werden, herrschen die Maximalisten mit der Unumkehrbarkeit von Tyrannen. Das Recht auf Freiheit hat niemand, als wer die mit allem Überkommenen aufräumende Revolution als das allein seligmachende Rezept anerkennt und die Herrschaft der Sieger zu stützen bereit ist. In Wahrheit ist auch hier nur eine neue Form der Barbarei entstanden, mit ein paar delirierenden Studenten an der Spitze.

Zum erstenmal in der Geschichte der Welt gelangt bei einem ganzen Volke der Kommunismus zur Geltung. Schon kennt man in Rußland den Begriff des privaten Eigentums nicht mehr an. Und das Außerordentliche ist, daß, was immer für unaussprechbar und unmöglich gehalten wurde, Tatsache ward, daß diese Utopie lebt, sich hält, sich dauernd behaupten will und alles ganz darauf einrichtet, als solle dieser Zu-

stand der normale werden. Das zuekt nur ein Fiebertraum schien, ist zur greifbaren Wirklichkeit geworden. Tausende von Menschen gehen darunter zugrunde, aber die, welche leben bleiben, haben sich so an diese Zustände gewöhnt, daß sie sie für die natürlichen halten.

Wenn wir Westmächte nun den Tatsachen ins Auge blicken, so sehen wir neben diesem russischen Koloss, der nur noch ein nachwanterliches Dasein führt, neben diesem hypnotisierten Niesen ohne bewaffnete Kräfte, ohne Industrie, ohne irgendeine der in Jahrhunderten erwachenden Organisationen, ein Deutschland als Nachbar, das nur zu empfindlich für alle materiellen Realitäten ist. Da muß man gestehen, daß nie ein ähnlicher Glücksfall, nie eine größere Verjüngung einem Volke ward. Soll denn wirklich Rußland entwaffnet und ohnmächtig in seinem bereits chronisch gewordenen Zustand epileptischer Anfälle die Beute des Deutschtums werden?“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Zwischen der deutschen und holländischen Regierung finden gegenwärtig Verhandlungen zur Erneuerung des am 31. März abgelaufenen Wirtschaftsvertrages statt. Der neu abzuschließende Vertrag hat den Austausch von deutschen Kohlen und Holz gegen die Lieferung von Lebensmitteln, wie Butter, Käse, Gemüse, Fette aus Holland zum Gegenstand. Neben diesen Verhandlungen herlaufend finden Beratungen einer holländischen und einer deutschen Kommission statt über den Austausch des in Holland liegenden Schiffsraums gegen Schiffe, die sich in der Gewalt der Entente befinden, die mit Getreide nach Holland kommen sollen.

* Wie verlautet, haben die bürgerlichen Fraktionen über ihre Stellungnahme zu den neuen Steuerentwürfen miteinander Fühlung genommen. Das Ergebnis kann man dahin zusammenfassen, daß die Parteien die Vorlagen der Regierung als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen über die Aufbringung des nötigen Steuerbedarfes halten. Sie wünschen jedoch einen stärkeren Ausgleich zwischen der Belastung des Besitzes und der Verbraucher, als er durch die Vorlagen der Regierung gegeben ist.

* Zur Grenzberichtigung an der obersteilischen Grenze erklärt die „Allg. Volkstz.“: über die Forderung einer Grenzänderung im Interesse unseres für die Kriegs- und Friedenswirtschaft außerordentlich wichtigen schlesischen Industriegebietes besteht volles Einverständnis zwischen allen maßgebenden Stellen. Soweit vom militärischen Standpunkte bestimmte Forderungen zu erheben sind, sind sie selbstverständlich Sache der militärischen Leitung. Die preußische Regierung wünscht die Grenzveränderung auf das militärisch Notwendige zu beschränken. Der Zuwachs an polnischer Bevölkerung soll nicht allzu groß werden.

Holland.

* Aber die Friedensbewegung gibt die Regierung in der Antwort auf den Kommissionsbericht der ersten Kammer wichtige Erklärungen ab. Sie meint, es könne nur im gegebenen Augenblick ein Schritt im Interesse des Friedens unternommen werden. Die Idee eines Staatenbundes wird weiter eifrig verfolgt. In der Kommission wird augenblicklich der Vorschlag einer Liga zur Erzwingung des Friedens beraten.

Norwegen.

* Bei den letzten amerikanischen norwegischen Verhandlungen hat Amerika die neue Forderung aufgestellt, die Ausfuhr des Landes solle unter die Kontrolle amerikanischer Beamten gestellt werden. Norwegen solle also ungefähr wie ein Vassallenstaat behandelt werden, mit fremden Beamten in seinen Häfen, die die Ein- und Ausfuhr kontrollieren. Man kann begreifen, daß die Stimmung gegen Amerika in Norwegen immer gereizter wird.

Der Halbherr von Lubenow.

6) Roman von Arthur Zapp.
(Fortsetzung.)

Karl Lubenow brachte neuerdings hin und wieder einen Abend bei seinem Onkel zu. Nicht selten erschien an solchen Abenden auch der Regierungsrat Morimer von Langwitz. Nach seinen gelegentlichen Äußerungen schien Heinrich Lubenow von dem leichtlebigen jungen Baron keine hohe Meinung zu haben, seinen gesellschaftlichen Talenten aber ließ er nichts desto weniger Gerechtigkeit widerfahren. Eine Eigenschaft besonders besaß der allzeit frohgelaunte, lustige Regierungsrat, die ihn für Heinrich Lubenow zu einem sehr erwünschten angenehmen Gesellschafter machte. Er war ein hervorragend guter Statistiker. Es war eine alte Klage Heinrich Lubenows, daß er selten einmal einen Statistiker fand, mit dem es sich lohnte zu spielen. In Morimer von Langwitz aber hatte er endlich einen Gegner gefunden, der ihm an seiner, listiger Berechnung nicht nachgab und der ein geradezu ungläubliches Fertigkeitgedächtnis besaß. Und da auch Karl und Frieda leidliche Kartenspieler waren, so fand jetzt regelmäßig in der Woche bei Heinrich Lubenow ein Stababend statt. Den Abend leitete jedesmal ein kleines Essen ein, bei dem Frieda und Morimer von Langwitz meistens die Kosten der Unterhaltung bestritten. Heinrich Lubenow hatte immer sein Alles Bergangen daran, wie Frieda dabei mit

dem Regierungsrat umsprang. Ja, die ließ sich nicht die Butter vom Brot nehmen, die hatte den Mund auf dem rechten Fleck. Es war ordentlich lustig mit anzuhören, wie die beiden sich stritten und fast über jedes Thema anderer Meinung waren. Auch die Wahrnehmung, daß sich dagegen zwischen Karl und Frieda fast nie eine Meinungsverschiedenheit ergab, daß die beiden immer nachsichtig und duldsam gegeneinander waren, stimmte den alten Herrn sehr zufrieden und erweckte in ihm die schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Er blühte deshalb auch in angenehmer Erwartung auf, als ihn eines Bormittags im Kontor sein Nefse in aufgeschämter Weise anredete: „Du, Onkel, ich habe mich mit Frieda ausgesprochen.“

„So?“ Der alte Herr schmunzelte. — „Das freut mich. Ihr seid also einig?“ Der junge Mann machte ein verlegenes Gesicht, lächelte aber dann und erwiderte entschlossen: „Ja, Onkel, wir sind einig. Wir sind beide der Ansicht, daß wir nicht für einander passen und daß wir leider deinem und meines seligen Vaters Wünsche nicht nachkommen können.“

„Wa—?“ Der alte Herr riß sehr überrascht seine Augen weit auf. „Ihr paßt nicht zueinander? Wie kommt ihr denn zu dieser Entscheidung?“ Karl Lubenow zuckte mit den Achseln. „Ja, das weiß ich nicht, Onkel. Tatsache ist, daß wir uns nicht lieben.“ „Nicht lieben? Das soll wohl heißen, du liebst eine andere?“

Aber Karl Lubenows offene, häßliche Züge flog ein jähes Erwidern. Aber er überwand die Verlegenheitsanwandlung rasch und gelang mit einem etwas verlegenen Lächeln: „Das mag wohl sein, Onkel.“

„So, so!“ Der alte Herr konnte seine Enttäuschung und seinen Ärger nicht verhehlen, während er schlaflos fragte: „Darf man vielleicht wissen, welche Schönheit meine Frieda bei dir ausgesprochen hat?“

Der junge Mann trommelte etwas nervös mit der Hand auf der Schreibtischplatte und betrachtete angelegentlich seine wohlgepflegten Finger, von denen zwei mit kostbaren, modern gefassten Ringen geschmückt waren.

„Ich weiß nicht, ob sie schöner ist als Frieda“, antwortete er zögernd, fast verschämt. „Ich weiß nur, daß sie gleich am ersten Tage, als ich sie kennen lernte, einen tiefen Eindruck auf mich gemacht hat.“ Auf seinen Wangen flammte purpurne Blut und seine Augen strahlten die innigste Empfindung wider. „Sie hat etwas echt Mädchenhaftes, etwas Schlichtes in ihrem Wesen und doch etwas wahrhaft Vornehmes.“

„Vornehmes? Was!“ Heinrich Lubenow sah mit einem spöttischen Blick zu seinem Neffen hinüber. „Wohl eine von deinen aristokratischen Bekanntschaften?“

„Du kennst sie, Onkel, es ist Baroness Edith von Langwitz.“

in Ohnmacht zu fallen scheint. Vielleicht sind es gerade ihre schwachen Nerven, die sie dir als ein Mädel von Vornehmheit erscheinen lassen.“

Karl Lubenow runzelte die Stirn. „Ich bitte dich, Onkel Heinrich —“ Der Ältere unterbrach ihn mit einer beschwichtigenden Handbewegung. „Ich will sie dir ja nicht verleiden. Bewahre! Bist du denn schon mit ihr einig?“

Karl verneinte. „Ich habe ihr überhaupt noch nicht gesagt, daß ich sie liebe. Ich bin mir ja selbst erst in diesen Tagen darüber klar geworden, daß ich sie lieb habe.“

„Und meinst du, daß sie dich nehmen wird?“

Ein Seufzer war die Antwort. „Das scheint mir doch noch sehr fraglich“, fuhr Heinrich Lubenow eifrig fort, und wenn du auch auf dein Geld pochen kannst, in ihren Augen bleibst du doch immer der Plebejer und eine Heirat mit dir wäre für sie und ihre vornehme Sippschaft doch immer nur eine sogenannte Mesalliance. Und wenn sie vielleicht wirklich deinen Antrag annehmen, so würden sie es ja doch nur tun, weil du eine gute Partie bist und weil sie vielleicht Grund haben, sich nach einem reichen Schwiegerlohn umzusehen.“

Die Gut schied dem jungen Fabrikbesitzer noch heißer ins Gesicht und sehr hitzig entgegnete er: „Nein, Onkel, das sollst du nicht sagen! Der Baron ist ein Kavaliere vom reinsten Wasser und die Baronin erscheint mir erst recht jeden unedlen Gedanken völlig unfähig. Und Baroness Edith denkt viel zu ideal, als daß sie bei einer so ernsten, wichtigen Angelegenheit